

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Wilsdruff, Sonntag den 20. Februar 1921. Die Redaktion des Wilsdruffer Tageblattes ist in der Stadt Wilsdruff, Markt 1, im Hause Nr. 10, im Erdgeschoss, zu finden. Die Redaktion des Wilsdruffer Tageblattes ist in der Stadt Wilsdruff, Markt 1, im Hause Nr. 10, im Erdgeschoss, zu finden.



Wilsdruff, Sonntag den 20. Februar 1921. Die Redaktion des Wilsdruffer Tageblattes ist in der Stadt Wilsdruff, Markt 1, im Hause Nr. 10, im Erdgeschoss, zu finden.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt Weiler und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inhaber: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 43.

Sonntag den 20. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt N der Landesfettkarte und auf die Kranbutterkarten werden auf die Zeit vom 21. bis 27. Februar 1921 50 g Butter ausgegeben. Nr. 180 II O. Weissen, den 18. Februar 1921. Kommunalverband Weissen-Land.

Die Auszahlung der Kinderbewilligungshilfe auf Monat Februar 1921 erfolgt Montag den 21. d. M. vormittags 9-1 Uhr in der Stadtkasse. Wilsdruff, am 18. Februar 1921. Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben

Aleine Zeitung für eilige Leser.

- * Von der Entente sind der deutschen Regierung in den letzten Tagen die Schadensberechnungen des größten Teiles der Ententestaaten zur Aukerung überhandt worden.
- * In Berlin ist die Sachverständigenkonferenz zur Festlegung der deutschen Gegenvorschläge zusammengetreten.
- * Die Zeitungen im besetzten Rheinland dürfen keine Proteste gegen das Pariser Abkommen veröffentlichen.
- * Prinz Sixtus von Bourbon, der Schwager des Kaisers Karl, ist aus Italien ausgewiesen worden.
- * Amerika hat die Beteiligung an der Londoner Konferenz abgelehnt.

Kein Friede ohne Arbeit!

Als Lloyd George kürzlich in Birmingham den Nachweis versuchte, daß es mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland nicht so übel bestellt sein könne, wie es immer dargestellt werde, und daß es infolgedessen leistungsfähiger sei, als man vielfach glaube, berief er sich u. a. auch auf den Stand der Arbeitslosigkeit bei uns und in England. Es ist richtig: wir zählten im Dezember nur zwischen 300 000 und 400 000 erwerbslose Personen im ganzen Reich, während ihre Zahl in England bereits die erste Million überschritten hat. Aber mit Zahlen läßt sich, wenn man ihnen nicht gehörig auf den Grund geht, alles beweisen. In Deutschland würde das Bild der Arbeitslosigkeit ein ganz anderes sein, wenn man sie nicht künstlich mit allen Mitteln aufhalten hätte. Dabei spielen und spielen die sogenannte Kurzarbeit eine sehr große Rolle, eine in vielen Fällen freiwillig, in vielen aber auch behördlich vorgeschriebene Streckungsart, die viele Hunderttausende von Arbeitern vor gänzlicher Stilllegung bewahrt, den Betrieben aber recht erhebliche Lasten auferlegt, ohne ihrer Erzeugungsstärke auch nur entfernt zu nähern. In zahlreichen Fällen ist die Schließung unwirtschaftlich gewordenen Unternehmungen verhindert worden, und welchen großen Umfang im Laufe der Zeit die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge der Länder und Gemeinden bei uns angenommen hat, davon scheint man im Ausland nichts weniger als zureichende Vorstellungen zu besitzen. Ebenfalls natürlich davon, daß auch in diesen Fällen die Aufwendungen zumeist dem Nutzen davon ganz und gar nicht entsprechen. Im Grunde genommen steht also unsere Wirtschaft nicht weniger unter dem Druck der Arbeitslosigkeit als England; ja, bei genauer Vergleichung dürfte sich herausstellen, daß Deutschland diesem freßenden Übel zurzeit am stärksten von allen Industrieländern ausgesetzt ist.

Im Unterhaus, das sich seitdem mit der Frage beschäftigte, wurde dieser Sachlage in ziemlich weitgehender Weise Rechnung getragen. Ein Wortführer der Arbeiterpartei für die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Handelsbeziehungen zu Ausland ein und beionte, daß kein Friede in England sein werde, bevor nicht die Frage der Erwerbslosigkeit von der Regierung gelöst sei. Versage diese, so werde sich die Arbeiterpartei eben selber helfen müssen. Er wolle keine Konzesse für das russische System einlegen, aber Arbeitslosigkeit schmele nichtigstens in Russland nicht zu herrschen. Von anderer Seite wurde jedoch erwidert, daß alles darauf ankomme, den Ansporn zur Arbeit zu verstärken, nicht ihn durch Ausdehnung des Systems der Erwerbslosenunterstützung auf immer weitere Kreise zu lähmen. In dieser Beziehung praktische Politik zu treiben, sei ungleich schwieriger als täglich schöne Phantasien zu veröffentlichen und noch schönere Reden zu halten. Eine der Ursachen der augenblicklichen Krise sei der Mangel an Vertrauen, der aus den Arbeitskämpfen entspringe. Die Regierung müsse diejenigen Unternehmungen tatkräftig unterstützen, die ärmeren Ländern behilflich sein wollen, englische Waren zu kaufen. Man sieht, so betrachtet, gewinnt die Frage der Arbeitslosigkeit sofort den internationalen Charakter, den sie noch niemals so sehr gehabt hat wie in diesen Zeiten, und es bedeutet eine Vermessenheit, ihr lediglich vom egoistischen Interessensstandpunkt einer Nation aus, und sei es selbst die kapital- und industrie-gewaltigste der Gegenwart, beikommen zu wollen. Was für England, gilt auch für die ganze Welt, daß ohne Arbeit kein wahrer Friede zu erreichen ist, und daß die Lust zur Arbeit verstärkt werden muß, statt unterdrückt zu werden. Man braucht sich diese Binsenwahrheiten nur einen Augenblick ins Bewußtsein zu rufen und an ihnen die Zusammenhänge zu messen, die uns jetzt wieder in den Pariser Beschlüssen gestellt werden, um den ganzen Abgrund von Entente hineingeraten zu lassen. Dinge es nach ihnen, ein Schicksalionsvolk wie das deutsche würde als Waren-

annahmer des Auslandes vollkommen ausgeschaltet und einer Arbeitsflut unterworfen, die jeden freien Antriebe zur Wertzeugung ersticken müßte. So kann man den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ganz gewiß nicht führen, weder im eigenen Lande noch jenseits der Grenzen. Also muß man umkehren zu den Notwendigkeiten der internationalen Arbeitsgemeinschaft, die allein imstande ist, der Welt allmählich wieder Ruhe und Frieden zurückzugeben.

Amerika zieht sich zurück.

Austritt aus der Entschädigungskommission.

In Pariser amerikanischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Vereinigten Staaten ihrem Vertreter bei der Reparationskommission, Bohden, Weisung erteilt haben, nicht mehr an deren Sitzungen teilzunehmen. Dieses Gerücht scheint sich zu bestätigen. Der Grund für diese Haltung soll der Wunsch der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten sein, der am 4. März ihr Amt antretenden Regierung völlig freie Hand zu lassen bezüglich des Friedensvertrages von Versailles und seiner Durchführung. Abriens hat Amerika in der gleichen Absicht vor mehreren Wochen es aufgegeben, sich bei der Wirtschaftskonferenz vertreten zu lassen, indem es mitteilte, daß andere Maßnahmen derselben Art getroffen würden. Seitdem nahm der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission nur noch halbamtlich an ihren Sitzungen teil, d. h. ohne sich an Abstimmungen zu beteiligen.

Beratung der Gegenvorschläge.

Die deutsche Sachverständigenkonferenz. Im Berliner Auswärtigen Amt ist die von der Reichsregierung berufene deutsche Sachverständigenkonferenz zur Beratung der Pariser Ententennoten und zur Ausarbeitung der deutschen Gegenvorschläge zusammengetreten. Der Beratungskreis gliedert sich in drei Gruppen:

1. Prüfung der Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse;
2. Prüfung der Unterlagen für die positiven deutschen Gegenvorschläge;
3. Aufstellung von Gegenvorschlägen selbst, die dem Reichskabinett zur Beschlussfassung unterbreitet werden sollen.

Es sind Namen von Klang und Gewicht, die sich zu dieser schicksalsschweren Beratung in Berlin eingefunden haben. Den Vorsitz führt Direktor Kraemer. Ferner nehmen teil: Geheimrat Dr. Wiedfeld von der Gruppe A-G, Geheimrat Dr. Duisberg von den Harbwerken in Levertusen, Geheimrat Peter Klöcker, der führende Montanindustrielle, Herr v. Braun, der Präsident des Reichswirtschaftsrats, Valtrusch für die christlichen Gewerkschaften, Silberstein für die freien Gewerkschaften, Generaldirektor Bögl von Deutsch-Luxemburg, Dr. Walter Rathenau, der Präsident der A. E. G., Urbig, Geschäftsführer der Disconto-Gesellschaft, Dr. Carl Reichler von dem Bankhaus Metz, Warburg, Hamburg Dr. v. Stauff, Direktor d. Deutsch. Bank, Hugo Stinnes, Herr v. Hagenstein, Präsident der Reichsbank, Läßben, Generaldirektor des Kohlenindustrials, Cuno, Generaldirektor der Sapag, Geheimrat Hilger von der Laura-Hütte.

Die Schadenrechnung der Entente.

Von Paris aus sind der Reichsregierung in den letzten Tagen die Schadensberechnungen des größten Teiles der Ententestaaten gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages zur Aukerung überhandt worden. Der Rest der Berechnungen ist für die nächsten Tage angekündigt worden. Auf Grund dieser Berechnungen beabsichtigt die Reparationskommission gemäß dem genannten Artikel bis zum 1. Mai d. J. die Gesamtsumme der von Deutschland zu vertretenden Schäden festzusetzen. Sie hat der deutschen Regierung für die Aukerung kurze Fristen gestellt, die bei dem Umfang des Materials und dem Fehlen ausreichender Unterlagen unmöglich eingehalten werden können. Der Reparationskommission ist eine entsprechende Erklärung abgegeben worden. Aber die Höhe und den Inhalt der Schadensberechnungen wird näheres bekanntgegeben werden, sobald die Sichtung des Materials eine Übersicht gestattet.

„Deutsche Kriegsverbrecher“.

Erzwingung des Verfahrens? Im englischen Unterhaus gab der Generalkaassanwalt Sir G. Hewart auf eine Anfrage über die Verfahren gegen „deutsche Kriegsverbrecher“ eine lange Erklärung

ab, in der es heißt, bisher habe die britische Regierung keinerlei Mitteilung darüber erhalten, daß irgendeiner der von ihr ausgewählten Fälle vor Gericht gebracht worden sei. Die deutschen Behörden hätten verschiedene technische Schwierigkeiten vorgebracht. Es fehle jedoch in direktem Widerspruch zu den Tatsachen, wenn erklärt werde, daß einige Fälle durch Abereinkommen oder auf andere Weise beigelegt worden seien. Es sei unzweifelhaft die Absicht der britischen Regierung, das Verfahren gegen diese „Kriegsverbrecher“ zu erzwingen, wenn sich das Leipziger Gericht nicht damit befassen sollte. Bisher, auf jeden Fall bis Ende des vergangenen Jahres, habe man nicht sagen können, daß eine ungebührliche Verzögerung der Angelegenheit stattgefunden habe. Sir G. Hewart sagte weiter, soviel er wisse, seien einige der beschuldigten deutschen Offiziere unter Arrest.

Bayern für die Einwohnerwehren.

Landtagsrede des Ministerpräsidenten.

Im bayerischen Landtag hielt Ministerpräsident Dr. von Kahr eine große Rede über die Notwendigkeit der Einwohnerwehren. Er sagte u. a.: Heute ist der Zustand noch nicht erreicht, der den bewaffneten Selbstschutz der staatsverhaltenden Einwohnerwehren als überflüssig erscheinen ließe. Zu den politischen Gefahren im Innern kommt noch die Gefahr von außen, besonders im Osten. Dieser Gefahrenzustand wird sich noch verstärken. Die bayerische Regierung und die Koalitionsparteien sind sich daher einig, daß Bayern auf die Einwohnerwehren nicht verzichten könne, daß sie erst aufgelöst werden können und sich auch von selbst auflösen werden, sobald der Staat selbst für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die nötigen Nachmittel in der Hand hat. Alle die Andeutungen, als stünde Bayern unter fremdem Einfluß oder konspiriere mit den Gegnern, gehören in das Reich böswilligen Klatsches. Die bayerischen Einwohnerwehren haben weder reaktionäre Bestrebungen, noch militaristische Ziele. Sie sind eine Selbstschutzzorganisation und fallen nicht unter den Friedensvertrag.

Die kommenden neuen Postgebühren.

Einfache Briefe 60, Postkarten 40 Pfennig

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Reichsrat u. a. auch mit den Plänen für die abermalige Erhöhung der Postgebühren. Der Festbeitrag der Postverwaltung in Höhe von rund vier Millionen Mark soll dadurch, so hofft man wenigstens, befristet werden. Durch die Erhöhung der Gebühren wird allerdings nur eine Mehrerinnahme von zwei Milliarden erzielt. Bei den Beratungen in den Ausschüssen wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß eine allmähliche Abbildung des Postes nur erwartet werden könne, wenn wieder eine stärkere Arbeitsleistung bei der Postverwaltung eintritt.

Das Gesetz über die Postgebühren soll dahin abgeändert werden, daß das Porto für den einfachen Brief 60 Pfennig und für Postkarten 40 Pfennig betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollten für Briefe über 20 Gramm 1,20 Mark Porto erhoben werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben eine Mittelstufe von 1 Mark für Briefe im Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingefügt. Briefe über 100 Gramm sollen 1,50 Mark Porto kosten. Den Wünschen der Postarbeitsindustrie ist man soweit entgegengekommen, als in die Postordnung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, wonach Ansichtskarten gleich den Kreuzbriefen usw. zum Druckadrenporto befördert werden können, wenn sie nicht mehr als fünf Worte enthalten und außerdem nur noch die Namen der Absender haben. In einem weiteren Gesetz wird der Reichspostminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Beschlüsse des Madrider Weltkongresses hinsichtlich der Auslandspostgebühren schon im Jahre 1921 in Kraft zu setzen.

Bei den Postgebühren haben die Ausschüsse unter sonstiger Zustimmung zu der Vorlage eine Zwischenstufe für Beiträge von 1000 bis 2000 Mark eingefügt. Auf besonderen Wunsch der Postverwaltung ist ein Zusatz beschlossen, wonach die Postgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsabgabordnung den Finanzämtern Auskünfte zu erteilen haben.

Das Gesetz über Änderung der Telegraphengebühren erhöht die Wortgebühr auf 30 Pfennig und setzt für Telegramme eine Mindestgebühr von 3 Mark fest. Weiter wird noch die Postordnung bezüglich der Nebengebühren im Sinne einer Erhöhung dieser Gebühren abgeändert.

Die Erörterung war nur kurz und bezog sich lediglich auf einen Antrag von bayerischer Seite, es bestünde der